



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 16.10.2026

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 19. Oktober 2026

Fokusthemen: Klima, Gesellschaft und Behörden

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag zum Auftakt seiner Sitzung mit den Kosten des vergangenen Hitzesommers befassen. Weitere Themen sind eine nationale Elternzeit, der Jugendschutz bei Filmen und Videospielen und verschiedene Geschäfte, die Behörden betreffen. Dort geht es um die Bildung finanzpolitischer Reserven, um die Einsetzung eines International Commercial Court für internationale Handelsstreitigkeiten und die Entflechtung von Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden. Auch ein Verbot des bezahlten Unterschriftensammelns steht auf der Traktandenliste.

Kosten des Hitzesommers und nationale Elternzeit

Das erste Geschäft ist ein dringliches Postulat zu den volkswirtschaftlichen Kosten des Hitzesommers 2026 ([KR-Nr. 333/2026](#)). Unterstützt von Grünen, GLP, EVP und AL, fordert SP-Kantonsrat Dimitri Witzig vom Regierungsrat, diese Kosten für den Kanton Zürich insgesamt zu beziffern und zu zeigen, wie sie sich auf die besonders betroffenen Wirtschaftsbereiche verteilen. Zudem soll der Regierungsrat aufzeigen, in welchem Verhältnis der Schaden zu den Investitionen für Massnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung steht. Der Rat wird entscheiden, ob er dieses Postulat an den Regierungsrat überweist. Der Regierungsrat seinerseits hat sich schon bereiterklärt, den Vorstoss entgegenzunehmen. Wird das Postulat überwiesen, muss der Regierungsrat seinen Bericht innert eines Jahres vorlegen.

Anschliessend wird der Rat über eine nationale Elternzeit debattieren. Grundlage dafür ist eine parlamentarische Initiative, die die Mitte-Kantonsrätin Priska Hänni-Mathis von ihrer früheren Fraktionskollegin Yvonne Bürgin übernommen hat ([KR-Nr. 332/2023](#)). Sie fordert, in der Bundesversammlung eine Standesinitiative einzureichen mit der Vorgabe, dass die Elternzeit insgesamt mindestens 20 Wochen betragen muss, davon mindestens 14 Wochen für die Mutter. Der Anteil der Väter soll mindestens 20 Prozent betragen. Die vorberatende Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt mit 9 zu 6 Stimmen, die Initiative abzulehnen. Es gibt aber zwei Minderheitsanträge: Eine Minderheit aus SP, Grünen, EVP und AL verlangt eine Standesinitiative für eine Elternzeit von mindestens 18 Wochen pro Elternteil, wie das auch die nationale Familienzeit-Initiative vorsieht, die Ende September eingereicht wurde. Und die GLP beantragt, die Standesinitiative in der ursprünglichen Fassung zu überweisen.

Dimitri Witzig (SP, Zürich), 079 796 89 34

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

Minderheit SP, Grüne, EVP, AL: Alan David Sangines (SP, Winterthur), alan.sangines@sp9.ch

Minderheit GLP: Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa), 079 230 82 32

Jugendschutz im Kino und finanzpolitische Reserven in den Gemeinden

Nicht umstritten ist hingegen die Vorlage zum Jugendschutz bei Filmen und Videospielen ([6047](#)). Damit soll das entsprechende kantonale Gesetz aufgehoben werden, weil der Bund ein neues Gesetz erlassen hat, das den Jugendschutz in diesem Bereich in der ganzen Schweiz stärken soll. Die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS) steht einstimmig hinter der Vorlage.

Ebenfalls einstimmig beantragt die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK), ein Postulat der FDP zu finanzpolitischen Reserven in den Gemeinden abzuschreiben ([KR-Nr. 438/2020](#)). Der

Regierungsrat hatte entsprechende Gesetzesanpassungen in die Vernehmlassung gegeben und kam nach gemischten Rückmeldungen zum Schluss, dass sich eine Änderung nicht aufdränge.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

STGK-Präsidentin Priska Lötscher (SP, Winterthur), 079 620 90 27

Internationale Verfahren am Handelsgericht und Entflechtung von Staatsaufgaben

Geteilt waren die Meinungen in der vorberatenden KJS bei der Einsetzung eines Zurich International Commercial Court (ZICC) ([6034](#)). Damit würde die Zuständigkeit des Handelsgerichts auf internationale handelsrechtliche Streitigkeiten ausgedehnt. Das soll einerseits den Wirtschaftsstandort Zürich stärken und andererseits zur Wertschöpfung im Rechtsdienstleistungsbereich beitragen. Die KJS beantragt mit 10 zu 5 Stimmen, die Vorlage anzunehmen. Eine Minderheit (SVP) will nicht auf die Vorlage eintreten, weil sie darin ein Kostenrisiko sieht.

Sollte noch Zeit sein, kann sich der Kantonsrat weiteren Vorstössen widmen. Der nächste auf der Traktandenliste ist ein Postulat von FDP-Kantonsrat Martin Huber. Er möchte den Regierungsrat auffordern, einen ausführlichen Bericht zur Entflechtung von Staatsaufgaben zwischen dem Kanton und den Gemeinden zu erstellen ([KR-Nr. 237/2024](#)). Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzulehnen. Der Rat wird über die Überweisung entscheiden. Entgegennehmen möchte die Regierung hingegen eine Motion von Florian Heer, Kantonsrat der Grünen. Dieser fordert, das bezahlte Sammeln von Unterschriften im Kanton Zürich zu verbieten ([KR-Nr. 288/2024](#)). Weil die FDP diesen Vorstoss ablehnt, wird der Rat auch über diese Überweisung erst nach einer Debatte entscheiden.

KJS-Präsident: Daniel Wäfler (SVP, Gossau), 079 678 34 60

Minderheit SVP: Anita Borer (SVP, Uster), 044 940 20 00

Martin Huber (FDP, Neftenbach), 078 649 38 95

Florian Heer (Grüne, Winterthur), 078 912 13 41

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:

Romaine Rogenmoser, Kantonsratspräsidentin, 079 427 11 17

Frank Sieber, Stv. Medienbeauftragter, 043 259 20 37